



Nach gescheiterten Volksbegehren: Bürgerinitiativen wollen weiter kämpfen

Bei den regionalen Unterstützern des vom Thüringer Verfassungsgerichtshof gestoppten Volksbegehrens für gerechte Kommunalabgaben ist die Enttäuschung groß.

Pößneck. "Wir werden das Urteil akzeptieren, aber unseren Kampf nicht aufgeben." Ähnlich wie der Vorsitzende der Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso), Wolfgang Kleindienst, äußerten sich gestern auch weitere regionale Unterstützer des Volksbegehrens für gerechte Kommunalabgaben, das tags zuvor vom Thüringer Verfassungsgerichtshof gestoppt wurde.

Die Initiative wollte die Einmalbeiträge für Grundstückseigentümer abschaffen und durch verbrauchsabhängige Gebühren beim Abwasser bzw. einer Infrastrukturabgabe beim kommunalen Straßenausbau ersetzen. Die Bürgerallianz Thüringen, deren stellvertretender Vorsitzender der Pößnecker Kleindienst ist, hatte rund 25 000 Unterschriften gesammelt. "Die Hürden für Volksbegehren in Thüringen wurden so hoch gehängt, dass kaum noch Begehren möglich sind." Kleindienst kritisiert, dass laut Thüringer Verfassung das Volk nicht zu Abgaben und Haushaltsthemen abstimmen dürfe, wie das Gericht feststelle. Faktisch habe aber jedes Volksbegehren finanzielle Auswirkungen, so Kleindienst.

Constanze Truschzinski von der Sozialen Initiative Pößneck (SIP) bedauerte, dass das Gericht die Begründung des Volksbegehrens als nicht ausreichend bezeichnete. "Die Gesetze, die Bund und Land verabschieden, werden vom Volk auch nicht verstanden. Warum müssen Volksbegehren besser begründet werden als Gesetze", fragte Truschzinski.

"Dass die Hürden für Volksbegehren so hoch hängen, hätte die Landesregierung schon vor Jahren kommunizieren und das nicht erst vom Verfassungsgerichtshof feststellen lassen sollen", zeigte sich Frank Sieber aus Ranis, Vorsitzender des Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümergebietes Saale-Orla und stellvertretender Landesvorsitzender der Freien Wähler, enttäuscht. Er beklagte, dass die Situation sehr unbefriedigend für Hauseigentümer sei. Denn sie müssen mit ihren Beiträgen in den grundhaften Ausbau von kommunaler Straßen finanzieren, die der Allgemeinheit übergeben werden. Wenn die Straßen verschlissen seien, zahle nicht die Allgemeinheit für die Erneuerung, sondern erneut der Hauseigentümer. Sieber fragte, wo da die Gleichheit vor dem Gesetz sei.

Birso-Chef Wolfgang Kleindienst sagte, dass er dem Allgemeinen Verein für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland (www.avgkd.de) beigetreten sei, um sich bundesweit mit Gleichgesinnten zu vernetzen, aber auch mit Tiefbauamtsleitern aus Städten anderer Bundesländer auszutauschen. Demnächst will er den Bürgermeister aus dem nordbayerischen Rednitzhembach zu einer Informationsveranstaltung einladen, der darüber informieren werde, dass in seiner Kommune lediglich die Oberfläche von Fahrbahnen erneuert werde, wofür keine Beiträge erhoben würden. "In Pößneck und Neustadt müssen Grundstückseigentümer oftmals Straßenausbaubeiträge zahlen, nur weil Versorgungsträger ihre Leitungen erneuern und in diesem Zusammenhang die Straße neu gebaut wird", kritisierte Kleindienst. Betroffene sollten sich weiter an die Birso wenden, die die Satzung der Kommune auf die Rechtskräftigkeit überprüfen will.

Aber auch wiederkehrende Straßenausbaubeiträge seien nach den Worten von Klaus Müller von der Bürgerinitiative Lausnitz bei Neustadt "reine Abzocke". Einige Grundstückseigentümer müssten alle Jahre wieder sogar fünfstelligen Eurobeträge bezahlen, wenn eine kommunale Straße gebaut wurde, die dann wieder von Lkw zerfahren werde.